



SP LANCIERT INITIATIVE «GEBÜHRENFREIE KINDERBETREUUNG FÜR ALLE FAMILIEN»

Der Kanton Baselland belegt im schweizweiten Vergleich bei der Familienfreundlichkeit einen der letzten Plätze. In Bezug auf die Kita-Gebühren ist das Baselbiet sogar am zweitteuersten. Die SP Baselland will dies ändern. Deshalb hat sie heute eine Initiative lanciert, die fordert, dass die familienergänzende Kinderbetreuung bis zum Eintritt in die erste Primarklasse gebührenfrei ist – wie die Volksschule.

Die Initiative fordert, dass die familienergänzende Kinderbetreuung Teil des Service public wird, damit sie allen Familien zugänglich ist. «Die Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung ist – genau wie jene der Volksschule – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und soll solidarisch über das progressive Steuersystem erfolgen», sagt Miriam Locher, Präsidentin der SP Baselland und des Initiativkomitees.

Die Investition in eine bestmögliche familienergänzende Betreuung fördert die Bildungs- und Chancengerechtigkeit. Regula Meschberger, Gemeinderätin Birsfelden, dazu: «Bildung muss gesamtheitlich gedacht werden und nicht erst mit dem Schuleintritt erfolgen. Die gute Betreuung muss Teil der ganzheitlichen Bildung sein».

Die Initiative stärkt zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Roman Brunner, Fraktionspräsident SP Baselland, verweist auf den durch den Familienbericht der Baseltier Regierung offenbarten Handlungsbedarf: «Die Bedingungen einer egalitären Aufteilung von Familie und Beruf zwischen Vätern und Müttern müssen ebenso wie die Rahmenbedingungen für Alleinerziehende und Familien mit drei oder mehr Kindern verbessert werden. Diese Ziele werden mit einer Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung durch die öffentliche Hand und somit mit der Initiative erreicht.»

Die SP Baselland wird die Initiative am 29. Mai an einem Tag sammeln.

Weitere Ausführungen zur Initiative finden Sie in der angehängten Medienmappe.

Auskunft erteilen:

Miriam Locher, Präsidentin SP Baselland & Initiativkomitee

Regula Meschberger, Gemeinderätin SP Baselland

Roman Brunner, Fraktionspräsident SP Baselland

076 445 07 22

076 392 51 23

079 518 66 83

Sozialdemokratische Partei
Baselland

Rheinstrasse 17
Postfach 86 · 4410 Liestal

Telefon 061 921 91 71

info@sp-bl.ch
www.sp-bl.ch
www.kinderbetreuung-fuer-
alle.ch

Miriam Locher, Präsidentin SP Baselland und Initiativkomitee, Landrätin

«Die familienergänzende Kinderbetreuung stellt für Familien im Baselbiet oft eine grosse finanzielle Belastung dar – Kinderbetreuung muss endlich Teil des Service public werden»

Die heutige Lancierung der Initiative «Gebührenfreie Kinderbetreuung für alle Familien» ist das Ergebnis eines partizipativen Projekts der SP Baselland. Vor einem Jahr haben wir von unseren Mitgliedern 26 verschiedene Ideen für Initiativen erhalten. Ende Oktober wurden fünf davon der Baselbieter Bevölkerung zur Abstimmung unterbreitet. Alle konnten sich für die Initiative aussprechen, die sie im Baselbiet umgesetzt haben wollten. Am meisten Stimmen erhielt die Initiative für eine gebührenfreie familienergänzende Kinderbetreuung, die wir nun heute lancieren. Dieses Ergebnis belegt, dass dieses Anliegen ein Bedürfnis der Baselbieter:innen aufgreift, und bei der Bevölkerung breite Unterstützung genießt. Dass diesbezüglich Handlungsbedarf besteht, wird auch durch die Erkenntnisse des aktualisierten Familienberichts¹ bekräftigt. Dieser zeigt auf, dass der Kanton Baselland in Bezug auf das frei verfügbare Einkommen von Familien im schweizweiten Vergleich den traurigen, viertletzten Platz belegt. Gleichzeitig sind die Kosten für die familienergänzende Betreuung in Kindertagesstätten im Baselbiet sehr hoch, während die entsprechende Mitfinanzierung durch die öffentliche Hand in den letzten Jahren abgenommen hat. Besonders in ländlichen Gemeinden ist die familienergänzende Kinderbetreuung mit hohen Kosten verbunden. Auch eine jüngst veröffentlichte Studie der Credit Suisse² bestätigt, dass das Baselbiet in Sachen Kinderbetreuungskosten zu den bedauerlichen Schlusslichtern gehört. Die Kita-Gebühren sind im Baselbiet im schweizweiten Vergleich gar am zweit teuersten. Eine Folge davon ist, dass viele Familien eine familienergänzende Kinderbetreuung kaum finanzieren können. Hinzu kommt, dass viele Eltern nicht die Möglichkeit haben, ein Kinderbetreuungsangebot zu wählen, das ihren pädagogischen Vorstellungen entspricht – sie sind bereits froh, wenn sie überhaupt einen Betreuungsplatz finden. Eine Umfrage des Bundesamtes für Statistik aus dem Jahr 2018³ zeigt, dass für Eltern die hohen Kosten der wichtigste Grund sind, weshalb sie nicht öfters vom Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung Gebrauch machen. Der Mangel an freien Betreuungsplätzen wird in der besagten Studie als zweitwichtigster Grund angeführt.

Der Kanton Baselland belegt in Bezug auf Familienfreundlichkeit also Platz 23 von 25 und für Eltern stellt die familienergänzende Betreuung oft eine grosse finanzielle Belastung dar. Dies wollen wir ändern, wir wollen dafür sorgen, dass alle Familien das Recht auf eine gebührenfreie Kinderbetreuung haben! Dabei ist es wichtig zu betonen, dass es uns hier nicht nur um eine gebührenfreie Kinderbetreuung geht, sondern, dass die Betreuung auch in guter Qualität geleistet werden soll. Dazu brauchen die Betreuenden genügend Lohn und Zeit, um den Bedürfnissen der Kinder adäquat nachkommen zu können und um dem Potential und der Vielfalt der Kinder gerecht zu werden.

Im Kern fordert die Initiative, dass die Kinderbetreuung Teil des Service public wird. Dem Service public kommt in unserer Gesellschaft eine wichtige Funktion zu. Wir erwarten ihn in gleichbleibender und guter Qualität. Sei es bei der Post, bei der Kommunikation oder beim öffentlichen Verkehr. Genauso wichtig sollte uns eine gleichbleibende und gute Qualität bei der Kinderbetreuung sein, denn da geht es um unsere Kinder und somit um unsere Zukunft.

Die Betreuungsfrage ist also eine Grundsatzfrage. Was soll zum Service public gehören? Spätestens seit dem Lockdown ist allen klar, wie wichtig und systemrelevant die Kinderbetreuung ist. Deshalb soll sie zum Service public gehören. Die Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung ist – genau wie jene der Volksschule – eine gesamtgesellschaftlich Aufgabe und soll solidarisch über das progressive Steuersystem erfolgen.

Eine gebührenfreie Betreuung ist auch deshalb der richtige Schritt für einen fortschrittlicheren Kanton, weil alle davon profitieren. Die Familien werden entlastet und können die Betreuungs- und Erwerbsarbeit nach ihren Bedürfnissen aufteilen. Die Wirtschaft profitiert davon, dass gut

¹ <https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/direktionen/sicherheitsdirektion/fachbereich-familien/dokumente-fachbereich-familien/familienbericht-baseLandschaft-2020.pdf/@@download/file/Familienbericht%20BaseLandschaft%202020.pdf>

² <https://www.credit-suisse.com/content/dam/pwp/assets/private-banking/docs/ch/privatkunden/anlegen/studie-kinderbetreuungskosten-mai-2021-de.pdf>

³ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-fraumann/vereinbarkeit-beruf-familie.assetdetail.14877706.html>

ausgebildete Frauen weiterhin erwerbstätig bleiben und so mehr qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden sind. Und die Gemeinden und der Kanton profitieren von steigenden Steuereinnahmen und von tieferen Sozialhilfekosten.

Das Baselbiet hat Jahre des Abbaus hinter sich. Es ist deshalb dringend notwendig, dass unser Kanton wieder vorwärts schaut und endlich wieder ein Pionierkanton wird. Mit einer gebührenfreien Kinderbetreuung investieren wir in unsere Kinder. Wir investieren ganz direkt in unsere Zukunft. Gemeinsam sorgen wir dafür, dass alle Familien das Recht auf eine gebührenfreie Kinderbetreuung haben. Gemeinsam gehen wir den ersten Schritt in Richtung Erweiterung der Volksschule und stärken gleichzeitig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir machen Baselland wieder für alle Familien attraktiv, wir wollen Fortschritt fürs Baselbiet!

Regula Meschberger, Gemeinderätin Birsfelden

«Gute Betreuung ist Teil einer gesamtheitlichen Bildung. Deshalb sollen unsere Kinder die bestmögliche familienergänzende Betreuung erhalten»

Die Kinderbetreuung ist wie die Volksschule eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die familienergänzende Kinderbetreuung soll deshalb, wie die obligatorische Schule, gebührenfrei und damit für alle zugänglich sein. Das bedeutet, dass Kitas, Tagesfamilien und Spielgruppen öffentlich zu finanzieren sind. Die gebührenfreie Kinderbetreuung stärkt damit das Bildungsangebot und ist die Basis für mehr Bildungsgerechtigkeit.

Spätestens ab Kindergarten Eintritt sind Kinder keine Privatsache mehr. Weshalb aber die ersten Lebensjahre finanziell praktisch vollständig auf die Familien abgewälzt werden, ist nicht nachvollziehbar. Weshalb sind die Kinder ab 4 Jahren plötzlich von öffentlichem Interesse und vorher nicht? Da haben wir als Teil der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen.

Die ersten vier Lebensjahre sind eine sensible Entwicklungsphase, in welcher Betreuungseinrichtungen die elterliche Erziehungsarbeit sinnvoll ergänzen. Kinder im Vorschulalter, die nicht die Betreuung und Unterstützung erhalten, die sie für ihre Entwicklung brauchen, haben häufig Schwierigkeiten in der Schule. Die mangelhafte Sozialisation zeigt sich in Verhaltensauffälligkeiten, die den Kindern gutes Lernen erschweren oder gar verunmöglichen. Eine gute Betreuung wirkt sich immer positiv auf die emotionale und soziale Entwicklung des Kindes aus. Damit steigen die Chancen auf eine gute Bildung, was letztlich mehr Bildungsgerechtigkeit bewirkt⁴.

Wenn wir uns überlegen, wie viel Unterstützungsmassnahmen – Massnahmen der speziellen Förderung, die auf Grund von Verhaltensauffälligkeiten nötig sind – kosten, dann müssen wir feststellen, dass einige finanzielle und personelle Ressourcen gespart werden können, wenn die Kinder sozialisiert und gut vorbereitet in die Schule gehen.

Ausserdem werden seit einiger Zeit immer mehr neue Forderungen an die Schulen herangetragen. Erziehungsthemen wie z.B. gesunde Ernährung, Umgang mit Geld, Prävention vor Gefahren in der digitalen Welt usw. sollen nun ebenfalls in der Schule thematisiert werden. Das zeigt deutlich, dass Bildung gesamtheitlich gedacht werden muss und nicht erst mit dem Schuleintritt erfolgen kann. In solchen Themen werden die Familien durch die ergänzende Kinderbetreuung wirksam unterstützt. Die gebührenfreie Kinderbetreuung kostet zwar, sie spart aber in der Schule selbst Geld und Personal ein.

Die gute Betreuung muss deshalb Teil der ganzheitlichen Bildung sein.

⁴ Archiv Nr. 2/2021, Bildungsgerechtigkeit Teilhabe in allen Lebenslagen?

Roman Brunner, Fraktionspräsident SP Baselland

«Noch immer wird der grösste Teil der Betreuungsarbeit von Frauen geleistet – unsere Initiative stärkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bewirkt somit mehr Gleichstellung»

Die Schweiz schneidet im europäischen Vergleich äusserst bescheiden ab, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht⁵. Sie liegt auf dem 22. von 30 Plätzen. Dies geht aus einem Index aus der Publikation «Länderspezifische Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie» des Vienna Institute of Demography und der Harvard University hervor. Bei den familienpolitischen Bedingungen liegt die Schweiz gar auf dem letzten Rang.

In der Schweiz ist die Lage prekär, wie das Bundesamt für Statistik aufzeigt. 28% aller betroffenen Frauen in der Schweiz haben lange Erwerbsunterbrüche von mehr als 5 Jahren wegen Kinderbetreuungspflichten⁶. Auch das ein Spitzenwert im innereuropäischen Vergleich.

Der Familienbericht des Kantons Baselland hat es gezeigt. Unser Kanton liegt beim frei verfügbaren Einkommen der Familien auf dem viertletzten Rang aller Kantone⁷. Also auch im nationalen Vergleich schneiden wir sehr schlecht ab. Einer der Gründe dafür sind die hohen und schlecht subventionierten Betreuungskosten für die familienergänzende Kinderbetreuung im Baselbiet.

Es besteht also dringend Handlungsbedarf, auch und gerade in Baselland. Die familienergänzende Kinderbetreuung ist heute wegen der hohen Betreuungsgebühren für viele Familien entweder finanziell nicht möglich oder nicht lohnenswert. Dies führt häufig dazu, dass Frauen keiner beruflichen Karriere nachgehen können, denn heute wird der grösste Teil der Betreuungs- und Sorgearbeit von Frauen geleistet. Die Initiative für eine gebührenfreie Kinderbetreuung will das ändern und trägt somit zur Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei.

Erstens stärken wir die Gleichstellung, indem alle Familien unabhängig vom Einkommen ihr Lebensmodell frei wählen können. Indem sie über die Aufteilung von Erwerbs- und Betreuungsarbeit entscheiden können und sich keine Sorgen um die Kinderbetreuung machen müssen, wird die Zufriedenheit mit der Aufteilung von Hausarbeit und Kinderbetreuung steigen⁸. Insbesondere bei Frauen ist diese Zufriedenheit mit 49% (Hausarbeit) bzw. 57% (Kinderbetreuung) tief. Wenn wir die heutige Aufteilung in der Schweiz anschauen, dann ist dieser Schritt aus gleichstellungspolitischer Sicht mehr als nötig. Eine gebührenfreie Kinderbetreuung ermöglicht somit beiden Elternteilen, erwerbstätig zu sein.

Zweitens werden Familien mit tiefem und vor allem mittlerem Einkommen entlastet. Da ab einem Pensum von 60% die zusätzlichen Ausgaben für Steuern und Kinderbetreuung das zusätzlich erzielte Einkommen übersteigen, lohnt sich die Erhöhung der Erwerbstätigkeit für die Mutter oft nicht⁹. Wenn die Betreuungskosten nun wegfallen, wird ein erhöhtes Erwerbseinkommen plötzlich wieder attraktiv.

Drittens und letztens liegt es im Interesse von uns allen, dass beide Elternteile ihre erworbene Ausbildung in die Gesellschaft einbringen können. Momentan vernachlässigen Frauen häufig ihre Berufskarriere. Weil sich heute viele nicht selten gut ausgebildete Frauen dafür entscheiden, der Familie wegen auf eine berufliche Karriere zu verzichten oder nur mit einem kleinen Pensum erwerbstätig zu sein, wird der Fachkräftemangel verschärft. Die Initiative ergibt dank einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch volkswirtschaftlich Sinn¹⁰.

⁵ vgl. <https://www.demografische-forschung.org/archiv/defo1704.pdf>, 2017, S.3 und <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s10680-015-9366-9.pdf>, 2016.

⁶ vgl. Publikation bfs «Schweizerische Arbeitskräfteerhebung: Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Schweiz und im europäischen Vergleich 2018», S.1. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-frau-mann/vereinbarkeit-beruf-familie.assetdetail.14877706.html>

⁷ vgl. Familienbericht BL 2020 <https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/direktionen/sicherheitsdirektion/fachbereich-familien/dokumente-fachbereich-familien/familienbericht-basel-landschaft-2020.pdf/@@download/file/Familienbericht%20Basel-Landschaft%202020.pdf> S. 3, S. 80f.

⁸ vgl. Familienbericht BL 2020 S. 42.

⁹ vgl. Publikation «Frauenfeindliche Familienbesteuerung» von Avenir Suisse, 2020, S. 9. <https://www.avenir-suisse.ch/publication/frauenfeindliche-familienbesteuerung/>

¹⁰ vgl. dazu auch den Essay von Stefan Sell «Der volkswirtschaftliche Nutzen der Kinderbetreuung» in der Publikationsreihe: Zukunftsforum Politik der Konrad-Adenauerstiftung e.V., ISBN 3-937731-09-1, 2004, S. 52ff. https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=cad4a9c9-4de6-0268-3403-4bb78feb0c2d&groupId=252038#page=50

Der Familienbericht BL 2020¹¹ hat es in aller Deutlichkeit gezeigt. Die Bedingungen einer egalitären Aufteilung von Familie und Beruf zwischen Vätern und Müttern müssen ebenso wie die Rahmenbedingungen für Alleinerziehende und Familien mit drei oder mehr Kindern verbessert werden. Diese Ziele werden mit einer Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung durch die öffentliche Hand und somit mit der Initiative 'gebührenfreie Kinderbetreuung für alle Familien' erreicht.

¹¹ vgl. Familienbericht BL 2020, S. 134f.

«GEBÜHRENFREIE KINDERBETREUUNG FÜR ALLE FAMILIEN»

Gemeinsam sorgen wir dafür, dass alle Familien das Recht auf eine gebührenfreie Kinderbetreuung haben.

Wir erweitern damit die Volksschule und stärken die Vereinbarkeit von Familie und Beruf!

Die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Landschaft stimmberechtigten Personen stellen, gestützt auf § 28 Absätze 1 und 3 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984, das folgende nichtformulierte Begehren:

Die Einwohnergemeinden und der Kanton finanzieren bis zum Eintritt in die erste Primarklasse die kostenlose und bedarfsgerechte Kinderbetreuung. Sie stellen dafür das familienexterne Angebot an zugelassenen Kindertagesstätten, Tagesfamilien und Spielgruppen sicher.

Kanton und Einwohnergemeinden sorgen für ein qualitativ gutes und den neuesten gesellschaftlichen Entwicklungen angepasstes Kinderbetreuungsangebot. Kanton und Einwohnergemeinden gewährleisten zudem faire Arbeitsbedingungen für die in der Kinderbetreuung tätigen Personen. Ein kantonales Amt bewilligt und kontrolliert die Kinderbetreuungsangebote entsprechend den formulierten Qualitätsansprüchen.

Veröffentlicht im Amtsblatt des Kantons Basel-Landschaft am 20. Mai 2021

PLZ:

Politische Gemeinde:

Name, Vorname (handschriftlich und in Blockschrift)	Jahrgang	Wohnadresse (Strasse, Nummer)	Eigenhändige Unterschrift	Mehr Infos erhalten (ankreuzen)	Kontrolle (leer lassen)
1.					
2.					
3.					
4.					
5.					
6.					
7.					
8.					
9.					
10.					

Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht oder wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt, macht sich strafbar nach Artikel 281 bzw. 282 des Schweizerischen Strafgesetzbuches.

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, die Initiative mittels Mehrheitsbeschluss zurückzuziehen:

Miriam Locher, Schmidholzstrasse 47, 4142 Münchenstein (Präsidentin Initiativkomitee, Präsidentin SP BL, Landrätin), **Eric Nussbaumer**, Allmendstrasse 6, 4410 Liestal (Nationalrat SP), **Michèle Meyer**, Bretzwilerstrasse 15, 4418 Reigoldswil (Co-Präsidentin SP Frauen* BL), **Regula Meschberger**, Riehenstrasse 20, 4127 Birsfelden (Gemeinderätin Birsfelden SP), **Samira Marti**, Curt Goetz-Strasse 27, 4102 Binningen (Nationalrätin SP), **Adil Koller**, Emil Frey-Strasse 71, 4142 Münchenstein (Landrat SP), **Elsbeth Joseph-Matter**, Adelgasse 3a, 4446 Buckten (Geschäftsführerin Gewerkschaftsbund BL), **Nils Jocher**, Tschoppenhauerweg 7, 4402 Frenkendorf (Vizepräsident SP BL), **Anna Holm**, Brühlweg 81, 4132 Muttentz (Präsidentin JUSO BL), **Jonas Eggmann**, Breitestrasse 64, 4132 Muttentz (Vizepräsident SP BL), **Erika Eichenberger**, Dachsweg 6, 4410 Liestal (Vizepräsidentin Grüne BL), **Michael Durrer**, Rathausstrasse 29, 4410 Liestal (Präsident Grüne BL), **Roman Brunner**, Brühlweg 51, 4132 Muttentz (Fraktionspräsident SP BL, Landrat)

**Bitte so schnell wie möglich zurücksenden an:
SP Baselland, Rheinstrasse 17, 4410 Liestal**

Weitere Informationen und Unterschriftsbogen unter:
www.kinderbetreuung-fuer-alle.ch



Argumentarium

1. Volksschule erweitern: Bildung stärken

Kinderbetreuung ist wie die Bildung in der Volksschule eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die familienergänzende Kinderbetreuung soll deshalb analog der obligatorischen Schule gebührenfrei und für alle zugänglich sein. Das bedeutet, dass Kitas, Tagesfamilien und Spielgruppen wie die Kindergärten und Primarschulen öffentlich zu finanzieren sind. Eine gebührenfreie Kinderbetreuung stärkt damit das Bildungsangebot und die Bildungsgerechtigkeit: Sie fördert die Sozialisation der Kinder und wirkt sich positiv auf deren Entwicklung aus. Besonders wichtig ist dies auch, damit die Kinder gut vorbereitet in die Schule gehen können.

2. Vereinbarkeit von Familien und Beruf stärken: Mehr Gleichstellung

Heute wird der grösste Teil der Betreuungs- und Sorgearbeit von Frauen geleistet. Eine gebührenfreie Kinderbetreuung ermöglicht beiden Elternteilen erwerbstätig zu sein. Das hat eine Vielzahl von Vorteilen: Erstens stärken wir die Gleichstellung, indem alle Familien unabhängig vom Einkommen besser auswählen können, wie sie die Erwerbs- und Betreuungsarbeit aufteilen. Zweitens werden Familien mit tiefem Einkommen und v.a. Mittelstands-Familien entlastet. Für sie ist eine familienergänzende Kinderbetreuung heute wegen der hohen Betreuungsgebühren entweder finanziell nicht möglich oder nicht lohnenswert. Dies führt häufig dazu, dass Frauen keiner beruflichen Karriere nachgehen können. Drittens liegt es im Interesse von uns allen, dass beide Elternteile ihre erworbene Ausbildung in die Gesellschaft einbringen können: Heute liegt viel Fachwissen brach, weil sich nicht selten gut ausgebildete Frauen entscheiden, der Familie wegen auf eine berufliche Karriere zu verzichten oder nur noch mit einem kleinen Pensum erwerbstätig zu sein

3. Gute Betreuung fördern: Gute Arbeitsbedingungen für unsere Kinder

Unsere Kinder sollen die bestmögliche familienergänzende Betreuung erhalten, damit sie in ihrer emotionalen und sozialen Entwicklung gefördert werden. Deswegen braucht es gute Arbeitsbedingungen für die Betreuerinnen und Betreuer. Nur mit mehr Zeit und Lohn können sie dem Potential und der Vielfalt unserer Kinder gerecht werden.

4. Eine Gewinn für alle: Gerechte Finanzierung und mehr Steuereinnahmen

Die familienergänzende Betreuung ist Teil des Service public. Deshalb muss die Finanzierung auch mit öffentlichen Mitteln erfolgen. Das ist gerechter, weil damit höhere Einkommen und Vermögen mehr bezahlen, als tiefere. Zudem ist die gebührenfreie Kinderbetreuung auch finanziell ein Gewinn für alle: Für die Familien, die entlastet werden. Für die Unternehmen, weil mehr Elternteile – vor allem mehr Frauen – ihre Ausbildung ins Erwerbsleben einbringen. Und für den Kanton und die Gemeinden, die durch die höhere Erwerbstätigkeit mehr Steuereinnahmen und tiefere Sozialhilfezahlungen haben.

5. Fortschritt fürs Baselbiet: In die Zukunft investieren

Nach Jahren der Abbaupolitik ist es Zeit, dass das Baselbiet wieder ein Pionierkanton wird: Mit einer gebührenfreien Kinderbetreuung investieren wir in die Zukunft unserer Kinder und machen das Baselbiet als Wohnort für alle Familien attraktiv.